

Karikatur



„Klimaschutz-Abkommen? Haben wir immer in Reichweite!“

KARIKATUR: TOMICEK

Kommentar



Der Mensch muss sich an das Klima anpassen

Ulli Kulke über die neuesten UN-Zahlen zur Erderwärmung

Die bisher erreichte Minderung beim weltweiten CO₂-Ausstoß ist weiterhin um Milliarden Tonnen von den Zielvorgaben des Kyoto-Protokolls entfernt. Das sagen uns die neuesten Zahlen der UN. Man kann in den Daten ein erwünschtes Alarmsignal für die anstehende Klima-Konferenz auf Bali sehen, wo die Verhandlungen beginnen sollen für noch weit anspruchsvollere Zielvorgaben. Ob die Kluft dadurch kleiner werden wird, darf dennoch bezweifelt werden, und Deutschland sollte sich hüten, sich hier als Musterknabe zu fühlen. Erst gestern kritisierte ein UN-Vertreter unsere Neubauten von Kohlekraftwerken, die auch das Klimaziel hierzulande infrage stellen würden. CO₂-Minderung und baldiges Abschalten aller Atommeiler stehen sich eben entgegen.

Die entscheidende Botschaft der UN-Zahlen ist aber: Die Welt muss den Schwerpunkt der Klimapolitik Zug um Zug auf die Anpassung an die angekündigte weitere Erderwärmung legen. So wie die Menschen und auch alle anderen Lebewesen auf Erden schon immer auf neue Bedingungen reagierten. Für uns intelligente Wesen heiße das: Küstenschutz verbessern, gefährliche Siedlungsräume meiden, anpassungsfähige Nutzpflanzen heranzüchten, auch durch Gentechnik. Die heute fast ausschließliche – aber dennoch aussichtslose – Konzentration darauf, am Klima selbst zu drehen, könnte sich als der falsche Weg erweisen bei begrenzten Ressourcen und angesichts auch anderer großer

Weltprobleme, die schließlich ebenfalls noch da sind. Nicht nur, weil wir hinter den Minderungszielen zurückbleiben. Auch die Klimaforscher sagen, dass selbst die komplette Einhaltung des Kyoto-Protokolls die Erdtemperatur in 50 Jahren nur marginal dämpfen könnte.

Im Übrigen ist auch unter denen, die von einem menschlichen Einfluss aufs Klima ausgehen, die Frage durchaus noch offen, wie groß dieser anthropogene Beitrag ist. Der Streit darüber aber wird dann irrelevant, sobald man sich sinnvollerweise auf die Anpassung an wärmere Zeiten konzentriert, statt vergeblich zu versuchen, sie zu verhindern.

Anpassungsfähig an neue Klimabedingungen aber wären im Zweifel nur Volkswirtschaften, die ihre Kraft aus einem gesunden Wachstum ziehen – was letztlich auch für die globale Weltwirtschaft gilt. Klimaschutzmaßnahmen, die dieses Wachstum gefährden, sind deshalb die größte Gefahr für die Zukunft. Wir wären den neuen Herausforderungen gegenüber manövriertunfähig wie ein großer Tanker mit Maschinenschaden in schwerer See.

Das Wirtschaftswachstum könnte allerdings dadurch in Gefahr geraten, dass Arbeitsplätze von hier in solche Länder abwandern, die sich einfach nicht in dem Maße wie wir auf die CO₂-Minderung einlassen und weiterhin ihre Schornsteine rauchen lassen. Genau solche Diskrepanzen aber deuten die neuesten Zahlen der UN an. Seite 4

Kopf des Tages

Wenn der Schlussredakteur nerot ...

Es ist gerade einmal drei Jahre her, dass sein erstes Buch auf den Markt kam: Ende 2004 erschien „Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod“, und Bastian Sick hoffte wie sein Verlag, etwa 15 000 Stück davon zu verkaufen. Die Erwartungen wurden erfüllt, allerdings etwas schneller als gedacht: „Die 15 000 Bücher“, sagt Sick, „waren gleich am ersten Tag weg.“ Und das war nur der Anfang.

Aus dem Schlussredakteur, der bei „Spiegel Online“ die Redakteure mit seinen Korrekturvorschlägen so lange nervte/erfreute, bis er dort eine eigene Kolumne über den Verfall der deutschen Sprache bekam, ist heute ein Sachbuchautor mit Millionenauflagen und eine Instanz für Stil- und Grammatikfragen geworden. Monatlich bekommt er mehr als 1000 Streitfragen und Hinweise auf zum Teile schwere Verstöße

(„Happy auer“ statt „Happy Hour“) zugeschickt. Derzeit wird Sick zur Marke knapp unterhalb des Dudens aufgebaut – es gibt nicht nur Bücher, sondern auch ein Sick-Spiel. DVD und TV-Show sind genauso in Vorbereitung wie eine Tour durch Deutschland und Südamerika, wo „immerhin drei Millionen deutsch-



Bastian Sick als Gast an der Leserkademie der Berliner Morgenpost

sprachige Menschen leben“, so Sick.

Immer noch ist er bei „Spiegel Online“ unter Vertrag, hat inzwischen aber nicht nur eine eigene Sekretärin, sondern auch die Freiheit zu machen, was er will. Der Arbeitgeber wird an den finanziellen Erfolgen seiner Bücher beteiligt, was Sick nur legitim findet: „Schließlich schreibe ich die meisten meiner Geschichten ja auch während der Arbeitszeit.“

Der Mann, der aus dem schleswig-holsteinischen Ratekau stammt, lebt seit mehr als 20 Jahren in Hamburg, im alsternahen Stadtteil Uhlenhorst. Der passt auch deshalb zu ihm, weil man dort nicht sagt, man wohne in, sondern „auf der Uhlenhorst“. Eine dieser sprachlichen Besonderheiten, für die und von denen Sick („gesprochen wird das übrigens Siegf“, sagt er, auch das passt) lebt. Ansonsten interessiert er sich

vor allem für zwei Musiker: die kleine Mireille Mathieu, die er vor Kurzem in der TV-Sendung „Beckmann“ getroffen hat, und den großen Udo Jürgens. Aus dessen Liedern durfte der Autor gar seine Lieblinge auswählen, die dann auf einer eigenen CD erschienen. Und getroffen hat er sein Idol auch noch: „Mehr“, sagt er, „geht nicht, oder?“

Ostdeutsche Länder verschwenden weniger Geld

Solidarpakt: Report des Finanzministeriums kritisiert Ausgabenpraxis in Berlin

■ Von Uwe Müller

Berlin – Die ostdeutschen Bundesländer sind sparsamer geworden und verschwenden weniger Hilfgelder. Das geht aus einem bislang nicht veröffentlichten Bericht des Finanzministeriums von Peer Steinbrück (SPD) hervor.

Danach haben die neuen Länder von jedem Euro, der ihnen 2006 aus dem Solidarpakt überwiesen wurde, nur rund 20 Cent nicht gemäß den gesetzlichen Vorschriften ausgegeben. Im Vorjahr war die Fehlverwendungsquote fast noch doppelt so hoch. Das hatte eine Diskussion über die Berechtigung der Hilfen und Forderungen nach der Abschaffung des Solidaritätszuschlags ausgelöst.

Der Solidarpakt ist das wichtigste Instrument des Staates, um den Aufholprozess des Ostens voranzutreiben. Zwischen 2005 und 2019 erhalten die neuen Länder und Berlin insgesamt 105 Milliarden Euro. Das Geld ist in erster Linie für Investitionen bestimmt.

Experten zufolge fließen darüber hinaus Jahr für Jahr rund 85 Milliarden Euro in den Osten – fast vier Prozent des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts. Der Löwenanteil wird für Rentenzahlungen, Arbeitslosenunterstützung und Sozialausgaben bezahlt.

Steinbrücks Ministerium lobt nun, die Verwendung der Hilfen für Investitionen habe sich „erheblich verbessert“. Auch wird dem Osten eine „erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung“ bescheinigt, für die das starke Wachstum der Industrie ausschlaggebend sei. Da die Ost-Länder erst 67,3 Prozent der Wirtschaftskraft des Westens erreicht hätten, sei es aber „noch ein langer Weg“, bis in beiden Landesteilen vergleichbare Verhältnisse erreicht würden.

Laut Bericht schneiden Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern unter den neuen Ländern am besten ab. Neben einem mustergültigen Umgang mit den Aufbaugeldern haben sie die gering-



Bundesfinanzminister Peer Steinbrück

FOTO: DPA

sten Schulden aufgehäuft. Zudem erzielten beide Länder im vergangenen Jahr sogar Überschüsse und konnten mit der Tilgung ihrer Verbindlichkeiten beginnen.

Deutliche Kritik übt der Steinbrück-Report aber an Berlin. Der Hauptstadt wird vorgeworfen, die Solidarpaktmittel „vollständig zur Finanzierung der laufenden Ausgaben“ verwendet zu haben. Mit 513 Euro je Einwohner waren die Investitionen im Stadtstaat extrem niedrig. Sachsen meldete

1115 Euro, das ist bundesweit Spitze. Erstmals legt der Bund über seine Verpflichtungen beim Solidarpakt Rechenschaft ab. Die Regierung hatte zugesagt, bis 2019 zusätzlich 51 Milliarden Euro auszugeben. 2006 sind demnach knapp 5,2 Milliarden Euro geflossen, zum Beispiel für Straßen und Städtebau. Im laufenden Jahr will der Bund 4,7 Milliarden einsetzen. Die Hilfen gehen zurück – ebenso die direkten Überweisungen aus dem Solidarpakt.

Einmal im Jahr lässt Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) von seinen Beamten den Aufbau Ost unter die Lupe nehmen. Das Dossier enthält politische Handlungsempfehlungen – und viele Zahlen und Fakten, die ungeschminkt Auskunft über die wirtschaftliche Lage geben. Doch die Öffentlichkeit bekommt das Werk nicht zu sehen. Weil die Regierung solche Erkenntnisse zurückhält, hatte der ehemalige Verfassungsrichter Hans-Joachim Lentsch einst sogar angeregt, den Bund zu verklagen.

Christiansen hilft Kindern



Unicef-Botschafterin Sabine Christiansen und Kinder der Internationalen Schule Berlin winken vor dem Brandenburger Tor

Berlin – Die Einhaltung der weltweiten Kinderrechte haben Kinder der Internationalen Schule Berlin und Unicef-Botschafterin Sabine Christiansen am Brandenburger Tor angemahnt. Zum 18. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention enthüllten etwa

100 Schüler am Wahrzeichen der Hauptstadt ein großes Transparent mit der Aufschrift „A Call from Berlin: Children first – Kinder haben Rechte“. Christiansen und die Schüler aus zahlreichen Nationen riefen dazu auf, weltweit allen Kindern das Recht auf Über-

leben, Entwicklung, Schutz und Beteiligung zu sichern. Christiansen sagte, die Kinderrechtskonvention mache „die Lage der Kinder zum Maßstab für den Zustand der Gesellschaft“. An diesem Anspruch müssten sich die Regierungen messen lassen. BM

Drohvideo: Bezug auf Kanzlerin Merkel

Wiesbaden/Wien – Das neue Drohvideo von Islamisten gegen Deutschland und Österreich wird derzeit von den Sicherheitsbehörden ausgewertet. Ein Sprecher des Bundeskriminalamtes sagte in Wiesbaden, dies fließe in die Gefährdungsbewertung ein. Einzelheiten zu dem Video wollte er nicht nennen. In dem Video der Globalen Islamistischen Medienfront (GIMF) werden erneut die Regierungen Deutschlands und Österreichs wegen ihrer Unterstützung des Anti-Terror-Kampfes bedroht.

In dem vier Minuten langen Clip gehe es hauptsächlich um Deutschland, sagte ein Sprecher des Wiener Innenministeriums. Auch auf Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wird nach Informationen der Nachrichtenagentur AFP in dem Video Bezug genommen. Bilder von der Islam-Konferenz bei der Kanzlerin werden gezeigt. Zudem taucht der bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) in dem Drohvideo auf. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte: „Wir wissen, dass Deutschland in das Bedrohungsfeld des islamistischen Terrorismus geraten ist.“ Er rief aber zur Gelassenheit und Entschlossenheit.

Die GIMF verbreitet die Al-Qaida-Ideologie und wirbt für eine Unterstützung des islamistischen Kampfes. Sie ist ein internationales Forum von Internetaktivisten, das Dschihad-Propaganda mittels Audio- und Videobotschaften sowie Schriften verbreitet. Auch um Spenden und Mitarbeiter wird geworben. Die deutschsprachige GIMF besteht seit etwa zwei Jahren. Nach Verhaftungen und der Löschung des GIMF-Forums wurde als Reaktion darauf angekündigt, die Arbeit fortzusetzen. Mit dem neuen Video meldet sich die Gruppe nun zurück. BM

Bund der Steuerzahler: Trickserei beim Kindergeld

Berlin – Der Bund der Steuerzahler hat die Bundesregierung aufgefordert, 2009 nicht nur das Kindergeld, sondern auch die steuerlichen Kinderfreibeträge anzuhängen. „Die Steuerentlastung für Familien muss bereits vor 2010 erfolgen“, sagte der Präsident des Verbandes, Karl Heinz Däke, der Morgenpost. Obwohl die Ausgaben für Ernährung, Kleidung, Wohnung und Hausrat stetig stiegen, sei der Steuerfreibetrag für Kinder seit dem Jahr 2002 nicht

angehoben worden. „Durch Rechenricks hat die Bundesregierung es geschafft, die letzte Erhöhung zu umgehen“, kritisierte Däke. Jetzt solle auch noch die für 2009 versprochene Anpassung ausgesetzt werden. Auslöser des aktuellen Streits um das Kindergeld war die Entscheidung des Koalitionsausschusses, den Existenzminimumsbericht nicht wie angekündigt noch in diesem Jahr vorzulegen, sondern erst im Herbst 2008. dsi

Koalition will gegen Sterbehilfe vorgehen

Berlin – Spitzenpolitiker der Koalition wollen gegen gewerbmäßige Sterbehilfe in Deutschland vorgehen. Der stellvertretende Unionsfraktionschef Wolfgang Bosbach (CDU) forderte sogar die Schaffung eines neuen Straftatbestands. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Wiefelspütz, will zunächst ein Betätigungsverbot für Vereine wie der Sterbehilfe-Organisation Dignitas durchsetzen, ist aber auch für weitere Gespräche offen.

Hintergrund ist die Ankündigung von Dignitas – des deutschen Ablegers der umstrittenen Schweizer Sterbehilfe-Organisation Dignitas – im kommenden Jahr auch in Deutschland gemeinsam mit einem pensionierten Mediziner einem Schwerkranken beim Freitod zu helfen. Bosbach sagte, angesichts dieser Aussage sei Eile geboten. Er werde das Thema auf dem nächsten Treffen der Innen- und Rechtspolitiker der Koalition zur Sprache bringen. BM

„Ihren Eid ‚Zum Wohle des deutschen Volkes‘ scheint diese Koalition wohl vergessen zu haben.“ Annerose Panske in ihrem Leserbrief auf SEITE 27